

## Der Tod und seine Händler

W2

VON JOSEF JOFFE

Ein Hauch von Al Capone liegt in der Luft. Der Chef-Gangster der Prohibitionszeit wurde ja nicht wegen Mord und Erpressung ins Zuchthaus von Alcatraz verfrachtet, sondern wegen des zutiefst bürgerlichen Delikts der Steuerhinterziehung. Ähnlich im Falle des „Händler des Todes“, Jürgen Hippenstiel-Imhausen, dem Chef-Architekten der libyschen Giftgasfabrik in Rabta: Das Außenwirtschaftsgesetz gab als Höchststrafe nur drei Jahre her; dafür mußte mit Hilfe der Abgabenordnung nachgelegt werden, die hier wird's ernst, hier geht's ums Geld – bis zu zehn Jahren Höchststrafe vorsieht.

Trotzdem ist der „Anlagen-Verkäufer“ in Mannheim noch recht glimpflich davongekommen. Drei Jahre würden ihm wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz aufgebürdet, vier Jahre wegen Steuerbetrugs – doch wurde das Ganze nicht summiert, sondern „gestraft“: zu insgesamt fünf Jahren. Der Mann habe sich reuig gezeigt, schon am dritten Tag des Prozesses ein Geständnis abgelegt und bereits Wiedergutmachung angeboten. Das Gericht ward so etwas milder gestimmt; das Urteil blieb unterhalb der Forderung der Staatsanwaltschaft nach sechseinhalb Jahren.

Die Justiz hat gesprochen – *causa finita*? Nicht ganz, und noch nicht. Da wurde erstens ein kurzer Prozeß in einer Sache gemacht, die mindestens sechs Jahre alt ist. Schon 1984 habe der Verurteilte einen Vertrag mit einem iranischen Mittelsmann unterschrieben, der zum Aufbau einer als „Medikamenten-Mischerei getarnten Kampfgas-Fabrik führen sollte. Jürgen Hippenstiel-Imhausen habe schon damals gewußt, daß es sich nicht um Pülverchen gegen Kopf- und Bauchweh handelte, sondern um die tückischen Massenmord-Mittel Lost, Sarin und Soman. Wie konnte es ihm gelingen, jahrelang jene Wächter auszutricksen (oder gar ruhigzustellen), die derlei von Amts wegen verhindern sollen?

Man ist gespannt, welche unterirdischen Kanäle die Verhandlung offengelegt hat, und die ganz Mißtrauischen müssen sich fragen: War dieser Prozeß nicht ein wenig zu glatt und hastig (ursprünglich waren Zeugen bis in den Juli hinein aufgerufen), um die Wahrheitsfindung bis in die letzten Verästelungen vortreiben zu können? Auch wirft das überraschende Geständnis des Angeklagten – immerhin nach anderthalb Jahren Untersuchungshaft – die Frage auf: Gab es einen „Deal“, der über das nicht Unübliche – Geständnis gegen Strafmilderung – hinausging?

Zweitens muß man im Nachgang fragen: Warum hat Bonn erst auf stur, dann auf langsam geschaltet, nachdem die berüchtigten „Hinweise“ immer dichter und dicker wurden? Schon im Jahre 1987 begannen die Warnungen vom Pullacher Bundesnachrichtendienst gen Bonn zu fließen

– und, wie ein Insider sagt, nicht bloß die „rohen“ Daten, sondern komplett mit Bewertung und Entscheidungshilfe. Dann legten, ein Jahr später, die Amerikaner nach – nicht etwa auf Beamten-, sondern auf Chefebene: von Präsident zu Kanzler. Und wieder geschah nichts – bis die amerikanische Presse Wind davon bekam und der *New York Times*-Kolumnist William Safire mit seinem „*Auschwitz in the Sand*“ Bonn wie einen Hühnerhof aufwirbelte. Aber auch da, Anfang 1989, war man in Bonn erst einmal geneigt, den Überbringer der bösen Botschaft zu steinigen. Das häßliche Wort von einer „Kampagne“ machte die Runde; gar die Goethe-Institute in Amerika wollte man als Vergeltung schließen lassen.

Womit, drittens, die Moral von der Geschichte sichtbar wird. Gewiß: Keine westliche Industrienation hat bei dem schmutzigen Geschäft mit den Diktatoren und Despoten reine Hände behalten. Aber deutsche Firmen waren so gut wie immer dabei – ob es um Gift, Raketen oder Reaktoren ging, von Nordafrika über Nahost bis nach Südamerika. Dahinter lag eine Grundstimmung, die den Imhausens die verwinkelten Schienen schmierte: Exporte sind Staatsräson. Und der zynische Nachsatz: Wenn wir das Geschäft nicht machen, sacken es die anderen ein. Als die Rabta-Kritik immer dichter hagelte, flüchtete man sich in die selbstgerechte Larmoyanz: Dieses unser Land sei keine „Bananenrepublik“. Tatsächlich aber hat sich Bonn allzu lange genau wie ein mickriger Kleinstaat verhalten, dem die Handelsbilanz wichtiger ist als die Verantwortung für den Rest der Welt.

Ein Gutes hat die Sache dennoch: Außenwirtschafts- und Kriegswaffengesetz sind verschärft worden – mit Straferhöhung, Melde- und Genehmigungspflicht. Zwar hat der Bundestag nach langwierigem Kreißen die Regierungsvorlage wieder verwässert, aber inzwischen hat sich die neue Bundesratsmehrheit zu Wort gemeldet: Teile der Reform sind zwecks Nach-Schärfung im Vermittlungsausschuß gelandet. Fazit: Das Netz ist enger geworden, aber nach wie vor kommt es auf die Fänger an. (Imhausen konnte bequem nach dem *alten* Gesetz verurteilt werden.)

Gefordert ist vor allem das richtige Selbstverständnis, das sich nicht den Profit, sondern die Politik zum Maßstab nimmt. Schon die Bundesrepublik war eine Art Großmacht; Gesamtdeutschland wird es erst recht sein. Und eine Großmacht wird an ihrer Verantwortung gemessen – ob sie jenseits ihrer engen Interessen auch das Wohl der Welt im Auge behält. Dem ist nicht mit der Verbreitung von Giftgas und Atombomben gedient. Schon gar nicht dient es dem deutschen Interesse, wenn ausgerechnet Deutsche den Mächtgern-Massenmördern zur Hand gehen.